



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Dezember 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

### **A 280 Anfrage Meile Katharina und Mit. über die Risiken für den Kanton Luzern durch Investitionen in fossile Energien „Carbon Bubble“ / Finanzdepartement**

Die Anfrage A 280 und das Postulat P 282 von Katharina Meile über die Desinvestition aus fossilen Energieträgern werden als Paket behandelt.

Katharina Meile ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage und das Postulat werden von Michael Töngi übernommen.

Michael Töngi ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zu Postulat P 282 vor:

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Hasan Candan beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Michael Töngi hält am Postulat fest.

Michael Töngi: Der Regierungsrat lässt sich in seiner Antwort auf keine inhaltliche Diskussion ein. Unserer Meinung nach liegt der Regierungsrat mit der Aussage falsch, dass die Anlagestrategie einer Firma eine operative Angelegenheit ist. Bei der Umsetzung oder der Erarbeitung kann es sich um eine operative Angelegenheit handeln. Aber bei der Erarbeitung von Richtlinien und Leitplanken handelt es sich eindeutig um eine strategische Angelegenheit, nicht umsonst heisst es ja auch Anlagestrategie. Aus unserer Sicht muss auch der Eigner die Grundsätze für die Anlagestrategie vorgeben. Mit unserem Postulat wollen wir erreichen, dass der Regierungsrat alles unternimmt, damit der Kanton und öffentlich-rechtliche Anstalten und Unternehmen, an denen der Kanton beteiligt ist, keine Anlagen in Konzerne tätigen, welche fossile Energieträger besitzen. Der Kanton soll auch auf diesem Weg von den fossilen Brennstoffen wegkommen und nicht nur über die gesetzlichen Grundlagen. Ich bitte Sie daher, unser Postulat erheblich zu erklären.

Hasan Candan: Im Jahr 1990 hätte man noch sagen können, dass die Forderung des Postulats utopisch sei. Jetzt befinden wir uns aber im Jahr 2017, und die Situation sieht anders aus. Anlässlich der kürzlich erfolgten Beratung des neuen Energiegesetzes haben alle immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, in erneuerbare Energien zu investieren. Nun liegt es auch an der Regierung, einen Schritt vorwärts zu machen, auch wenn sie diese Meinung nicht zu teilen scheint. Das Ziel des Postulats ist dann aber doch etwas ambitioniert, vor allem was die bestehenden Investitionen angeht. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Der Kanton sollte die Problematik ernst nehmen und als Vorbild fungieren.

Jürg Meyer: Die CVP-Fraktion sieht weder seitens des Regierungsrates noch des Kantonsrates einen Handlungsbedarf und lehnt das Postulat ab. Das heisst aber nicht, dass wir diese Thematik nicht ernst nehmen. Die Postulantin möchte, dass der Kanton seine Gelder aus jenen Konzernen zurückzieht, die mit fossilen Energieträgern zu tun haben.

Wenn aus Gründen der Nachhaltigkeit das Geld anders investiert werden soll, sprechen wir auch von Betrieben, bei denen der Kanton Anlagen und Beteiligungen hat, also von der Luzerner Kantonalbank und der Luzerner Pensionskasse. In diesen Institutionen hat aber der Kanton keine Investitionen in einem grösseren Ausmass. Deshalb ist auch kein sofortiger Handlungsbedarf angezeigt. Ich würde es zudem vorziehen, wenn die Institutionen ihre eigenen Anlagereglemente erarbeiten. Die Luzerner Pensionskasse hat beispielsweise das Argument der Nachhaltigkeit nach Absprache mit ihren Kunden in ihr Anlagereglement aufgenommen. Dieser Weg scheint mir doch zielführender.

Heidi Scherer: Die Anfrage und das Postulat zeugen zwar von einer Sensibilisierung gegenüber einem immer wieder mehr oder weniger aktuellen, kontrovers diskutierten Thema. Es geht darum, auf das Risiko einer „Carbon Bubble“ bei Investitionen in fossile Energieträger aufmerksam zu machen und sich von den entsprechenden Anlagen zu trennen. Diese Forderungen, vor allem der Verkauf dieser Anlagen, sind für die FDP einseitig und nicht zielführend. Investitionen in fossile Energien finden statt, allerdings mehrheitlich in indirekte Anlagen. Im Rahmen einer Anlagepolitik hat das Thema Diversifikation eine hohe Priorität. Ausschlusskriterien aufgrund ethischer oder ökologischer Grundsätze sind möglich und werden gemäss Stellungnahme der Regierung teilweise auch formuliert. Ein jetziger kompletter Verzicht auf ein Engagement in fossile Energieförderer, Verarbeiter, Produzenten von Kohle, Öl oder Gas, direkt oder indirekt, müsste in der logischen Konsequenz auch zu einem Verzicht auf alle vor- und nachgelagerten Bereiche in diesen Branchen führen. Damit würde das Anlageuniversum aber extrem verkleinert, was kaum im Sinn einer breiten Diversifikation und aufgrund des Verzichts auf Opportunitäten nicht sinnvoll wäre. Das Ziel der Investitionen in Kapitalanlagen ist es eben auch, eine marktconforme Rendite zu erzielen. Es macht keinen Sinn, dass der kleine Kanton Luzern in der grossen, weiten Welt auf solche Anlagen verzichtet, nicht einmal als Vorbild. Ethische Grundsätze bei Investitionen sind immer mehr im Fokus. Die Forderungen des Postulats P 282 sind aber übertrieben und unrealistisch. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat entschieden ab.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Bei „Carbon Bubble“ handelt es sich zwar um eine interessante Theorie, bis heute gibt es aber keine Evidenz, dass es zu einem Preiseinbruch kommen könnte und dass in solche Firmen allfällig investiertes Staatsvermögen gefährdet wäre. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Anlagereglemente Aufgabe der ausgelagerten Betriebe sind. Schlussendlich hat unser Rat selber entschieden, diese Betriebe auszulagern.

Michael Töngi: Auch wenn gewisse Betriebe ausgelagert sind, sollten wir uns noch für sie interessieren und sie auch ein Stück weit kontrollieren. Wir verfügen zudem über gewisse Instrumente, um die ausgelagerten Betriebe zu steuern. So einfach kann die Verantwortung doch nicht abgeschoben werden.

Jörg Meyer: Nur weil der Kanton gewisse Einheiten privatisiert, heisst das doch nicht, dass er ihnen gegenüber keine Verantwortung mehr hat. Eine ausgelagerte Einheit wird grundsätzlich aus der Verwaltungsstruktur entlassen, der Kanton ist aber weiterhin Eigner oder Mehrheitseigner. Dafür gibt es auch die entsprechenden Eignerstrategien. Bei den Grundsätzen der Anlagepolitik handelt es sich nicht um ein operatives Tagesgeschäft, sondern um eine strategische Angelegenheit. Ich war zehn Jahre lang verantwortlich für das Anlagegeschäft einer Pensionskasse. Als wir Ende der 90er-Jahre nachhaltige Anlagen gefordert haben, war die Skepsis noch gross, heute ist das aber Standard. Der Kanton sollte seine Verantwortung wahrnehmen und ein politisches Signal setzen, obwohl mit Ausnahme der CKW kein grosser Handlungsbedarf besteht. Selbst bei indirekten Anlagen ist es absolut möglich, solche Restriktionen mit auf den Weg zu geben.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Verantwortung für eine Anlagestrategie liegt nicht zwangsweise bei der Regierung oder beim Parlament. Wir sind aber nicht für die Anlagestrategie der Luzerner Kantonalbank oder der Luzerner Pensionskasse verantwortlich. Dort gibt es eine Anlagekommission, die gegenüber dem Vorstand rechenschaftspflichtig ist. Der Vorstand wiederum ist seinen Mitgliedern gegenüber

rechenschaftspflichtig. Es sind aber alle Unternehmen für dieses Thema sensibilisiert. Dass die CKW Grosskraft anbietet, ist von der Menge her gegeben und wird sich wohl nicht so schnell ändern lassen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.